

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petit-Zeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reichweiteilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 4 Fernruf 179. Wildbad, Freitag, den 7. Januar 1921 Fernruf 179. 55. Jahrgang

Was Deutschland verloren hat.

In seiner letzten Rede in der französischen Kammer hat der zurückgetretene Kriegsminister Lefevre behauptet, die (papierene) Blüte einiger Industrieaktien in Deutschland beweise, daß das Land bereits zu neuem Wohlstand gekommen sei und daß man deshalb unbedenklich an Deutschland die schwersten Entschädigungsforderungen stellen könne. So blödsinnig eine solche Behauptung ist, so verlohnt es sich doch, ihr gegenüber einmal festzustellen, was uns durch den Schmiedefrieden von Versailles und seine Ergänzung in Spa bereits geraubt ist.

Alle unsere Kolonien mit einem Flächeninhalt von 2.596.561 Geviertkilometer und etwa 12 1/2 Millionen Einwohnern sind verloren. Das Deutsche Reich hatte daneben vor dem Krieg 540.743 Geviertkilometer mit etwas über 68 Millionen Einwohnern. Von diesem eigentlichen Reichsbestand sind 70.298 Geviertkilometer mit mehr als 6.376.000 Einwohnern an Frankreich, Belgien, Dänemark, Polen, Litauen und die Tschecho-Slowakei verloren gegangen; die Entscheidung über Oberschlesien mit 11.653 Geviertkilometer und 1.970.000 Einwohnern steht noch aus.

Dazu kommen die Verluste von 1,7 Millionen gefallener und 1 1/2 Millionen so schwer beschädigter Männer, daß sie gar nicht oder nur teilweise erwerbsfähig sind. Die unzureichende Ernährung großer, besonders der zum „zweiten Proletariat“, zum verarmten Bürgertum gehörenden Volksschichten dauert fort, die Teuerung des Lebensbedarfs hat die Preise gegen Anfang des Jahres um 50 v. H. gesteigert, so daß sie nur teilweise der Geldentwertung entsprechend zehn- bis zwanzigmal so hoch sind wie vor dem Krieg. Infolgedessen als Schraube ohne Ende Lohn- und Gehaltsforderungen, die das Wirtschaftsleben, ohnedies eingeschränkt durch den achtfünftägigen Arbeitstag, nicht zur Ruhe kommen lassen. Die Landwirtschaft deckte vor dem Krieg den einheimischen Bedarf an pflanzlichen Nahrungsmitteln mit 90, an Fleisch und Fett mit 67, an Milch mit 50 v. H. Infolge der Gebietsabtretungen (13,5 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche), des Übergangs zu extensivem Betrieb durch Mangel an Düng- und Kraftstoffmitteln, des Rückgangs des Viehbestands und der an 50 v. H. heranreichenden Abnahme des Schlachtgewichts ist die pflanzliche Erzeugung um etwa 40, die tierische um 60 v. H. zurückgegangen. Der nötige Ersatz muß durch Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel angebracht werden, wofür die Regierung, da die Bevölkerung die erschreckend hohen Preise nicht bezahlen kann, beispielsweise vom Juli 1919 bis Juli 1920 fast 10 Milliarden bereitgestellt hatte. Die deutsche Industrie, die durch Warenerzeugung den Hauptteil der Kriegsentwädigung tragen soll, wird mit Ausnahme weniger Zweige wie chemische Industrie und Kalkindustrie durch den Mangel an Rohstoffen und Kohle zur Veredelungsindustrie herabgedrückt; selbst die Eisenindustrie wird von der Notwendigkeit dieser Umstellung betroffen, da Deutschland 70 bis 75 v. H. seiner Eisenerzförderung verloren hat, für die Erzeschaffung aus dem Ausland unverhältnismäßig hohe Kosten anzubringen sind und der Kohlemangel andauert. Unter welchen Schwierigkeiten die Kohlenförderung leidet, die immer noch durch die Möglichkeit des Verlustes Oberschlesiens bedroht ist, braucht nicht betont werden. Die deutsche Handelsbilanz ist passiv; der Uberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr betrug im ersten Halbjahr 1920 37 Milliarden. Der Umlauf an bedrucktem Papier beträgt am Jahresende etwa 82 Milliarden, die Mark ist Holland nur noch etwa 4 1/2 Cent wert, das ist der vierzehnte Teil ihres Friedenswerts. Nach den Mitteilungen vom 30. November belief sich die jüdische Schuld auf 91, die schwedische Schuld auf 166, zusammen auf 257 Milliarden. Während das Volkvermögen vor dem Krieg auf 226 Milliarden Gold geschätzt wurde, kann man annehmen, daß es jetzt nach den Gebietsabtretungen, nach Wegnahme der Handelsflotte, nach Abstoßung der ausländischen Wertpapiere, Zerschöpfung der überseeischen Unternehmen und Verbrauch aller Betriebsvorräte höchstens noch 100 Milliarden beträgt. Der Steuerbedarf für 1920 belief sich auf 32 Milliarden ohne den Ausfall bei Eisenbahn und Post von 15 Milliarden; er soll aus 24 verschiedenen Steuerarten gedeckt werden, die den deutschen Steuerzahler aufs schwerste belasten. Da

bei uns die Bildung großer Vermögen viel später und bei weitem nicht in dem Umfang vor sich gegangen ist wie in England und Amerika, so liegt der größte Teil der Last auf den Schultern des Mittelstands. Das Reich hat für 1920 einen Fehlbetrag von 80 Milliarden. Zu den Lasten für den eigenen Bedarf des Reichs kommen dann die Landes- und die Gemeindesteuern und die ungeheuren Auflagen aus dem Friedensvertrag. Die Forderung der sofortigen Leistung von 60 Milliarden Goldmark würde den deutschen Haushalt von vier Köpfen in heutiger Währung etwa mit 40.000 Mark oder mit einer Jahresleistung von 4400 Mark belasten. Die deutsche Regierung ist indes der Ansicht, daß die bis zum 1. Mai 1921 abzuführenden 20 Milliarden Goldmark durch den Wert der Saargruben, der Handelschiffe, des deutschen Eigentums in den abgetretenen Gebieten, der zurückgelassenen Güter, der Kohlenlieferungen und dergl. reichlich gedeckt werden. Dazu kommen noch die sogenannten Wiedergutmachungen als unabsehbare Belastung der Zukunft. Sie sollen jetzt bekanntlich in einer runden Summe zusammengefaßt werden, die sich, wie uns Blätter des Verbands nach Wünschen ihrer Brüsseler Gewerksamänner glauben machen möchten, als eine Forderung von nicht weniger als 269 Milliarden Goldmark darstellen soll. Daneben bleiben noch bestehen die Ausgabe von etwa 18 Milliarden Mark jährlich zur Bestreitung der Kosten der fremder Besatzungen und Kommissionen und, wie Dr. Melchior in Brüssel mitgeteilt hat, über 220 Milliarden als Entschädigung der um ihre Habe gebrachten Auslandsdeutschen. Auflagen, die allein schon ausreichen würden, den letzten Lebensfunken in unserem kranken Wirtschaftskörper zu erdrücken.

Man müßte ein hohes Maß von Verblendung annehmen, wenn angesichts dieser Tatsachen, die in Frankreich wohl bekannt sind, von neuem Wohlstand in Deutschland gesprochen wird, — wüßte man nicht, daß die neue Deutscherbege in Frankreich in der Hauptsache innerweltlichen Zwecken dienen soll. Für Deutschland verlor sie dadurch freilich nichts an ihrer Gefährlichkeit.

Die Abstimmungs Vorschriften für Oberschlesien.

Wentzen, 6. Jan. Die nunmehr veröffentlichten Vorschriften für die Volksabstimmung in Oberschlesien sind von General Perond als Vertreter Frankreichs, de Marino als Vertreter Italiens und Pervidal als Vertreter Großbritanniens unterzeichnet. Nach der Verordnung ist zur Teilnahme an der Abstimmung jede Person ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt, die am 1. Januar 1921 das 20. Lebensjahr vollendet hat und in dem Gebiet, in dem die Abstimmung stattfindet, geboren ist oder seit dem 1. Januar 1904 oder früher den Wohnsitz hat oder, wie es in der Verordnung heißt, „von der deutschen Regierung ausgewiesen worden“ ist. Jeder stimmt in der Gemeinde ab, in der er am 1. Januar 1920 seinen Wohnsitz hatte, oder, wenn er nicht in Oberschlesien wohnt, in der Gemeinde, in der geboren ist, die Ausgewiesenen in der Gemeinde, in der sie ihren Wohnsitz hatten. Das Abstimmungsergebnis wird gemeindeweise nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festgestellt. Hierfür bildet jede Gemeinde einen Wahlbezirk. Gutsbezirke, deren Bevölkerung mehr als 600 zählt, bilden vollberechtigte Wahlbezirke. Am 10. Januar sind die beiderseitigen Wahlprüfungsausschüsse einzusetzen. Am 14. Januar beginnt die dreiwöchige Frist für die Eintragung in die Listen, am 6. Februar die Anlegung der vorläufigen Stimmlisten. Am 8. März 6 Uhr abends läuft die Frist für die Entscheidungen der Entente-Bureaus über die Einsprüche ab. Die Wahltag werden durch die Kommission später bekannt gegeben. Die von der Abstimmungskommission geschaffenen Behörden sind in jeder Gemeinde: der aus je 2 Deutschen und 2 Polen bestehende „paritätische“ Ausschuss und in den Wahlabteilungen das Wahlbureau, in jedem Kreis das Entente-Kreisbureau. Der paritätische Ausschuss bildet für 2000 Einwohner einen Unterausschuss. Die Mitglieder des Ausschusses werden auf Vorschlag der Parteien durch das Entente-Kreisbureau aus den in Oberschlesien wohnenden Abstimmungsberechtigten ausge-

wählt. Dem paritätischen Ausschuss liegt die Aufstellung der Stimmlisten und der Wahlbureaus, die Leitung und Ueberwachung der Abstimmung in der Gemeinde ob. Das Wahlbureau besteht aus 4 ordentlichen und 4 stellvertretenden Mitgliedern, die beiden Parteien zu gleichen Teilen entnommen werden. Die Parteien schlagen dem paritätischen Ausschuss am 7. Februar ihre Kandidaten vor. Der paritätische Ausschuss trifft seine Wahl und unterbreitet sie innerhalb 8 Tagen dem Entente-Bureau zur Bestätigung. Das Wahlbureau muß 10 Tage vor dem Abstimmungsstermin gebildet sein. Das Entente-Bureau setzt sich aus 3 Beamten der drei Mächte zusammen. Je ein Vertreter der polnischen und der deutschen Partei nehmen als beratende Mitglieder an den Beratungen des Entente-Bureaus teil, das vor allem für die freie, unbefugte und geheime Stimmabgabe zu sorgen hat. (1) Zu Mitgliedern des Entente-Bureaus dürfen nicht verwendet werden aktive Beamte und Mitglieder des Magistrats, Gemeindevorsteher und Ortsvorsteher, ebenso wenig aktive Geistliche.

Die in Oberschlesien geborenen, aber dort nicht wohnenden Personen, sowie die außerhalb Oberschlesiens geborenen, dort aber seit dem 1. Januar 1904 oder früher wohnenden Personen haben bei dem paritätischen Ausschuss der Gemeinde, in der sie ihr Stimmrecht auszuüben beabsichtigen, ein eigenhändig unterschriebenes, von ihnen persönlich ausgegebenes Gesuch nach einem bestimmten Muster einzureichen, dem die Ausweis-papiere beizufügen sind. Dem Eintragungs-gesuch sind außerdem 2 Exemplare eines vor kurzer Zeit ausgenommenen und von der Gemeinde- und Polizeibehörde des jetzigen Wohnortes des Antragstellers gestempelten und beiseitegelegten Lichtbildes beizufügen, von denen eines zur Ausstellung des Personalausweises verwendet wird, das bei der Einreise in Oberschlesien als Pass und sojourn als Stimmlatte zu dienen hat. Ihr Gesuch muß weiter die genaue Angabe des letzten Wohnsitzes im Abstimmungsgebiet, sowie die Angabe der Zeit, zu der sie das Gebiet verlassen, enthalten. Es hat alle zum Ausweis erforderlichen Angaben, sowie die Bezeichnung zweier oder mehrerer in ihrer Geburts-gemeinde oder in einer anderen Ortschaft Oberschlesiens wohnender Personen zur Identitätsbezeugung zu enthalten. Wer nach dem 1. Juni 1896 geboren ist, hat dem Eintragungs-gesuch eine Geburtsurkunde beizufügen.

Die Verordnung enthält nichts über die getrennte Abstimmung.

Wentzen, 6. Jan. Die „Oberschles. Landesztg.“ schreibt, von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker sei nur das Bestimmungrecht der Entente-Behörden übrig geblieben. Andere deutsche Blätter sagen, die Vorschriften haben die schärfsten Erwartungen über troffen und seien durchaus in polnischem Sinn gehalten.

Berlin, 6. Jan. Die deutsche Friedensabordnung hat gestern dem Vorkonferenzrat in Paris eine Note zugestellt, die gleichzeitig der französischen, englischen und italienischen Regierung überreicht wurde. Die deutsche Reichsregierung begründet in der Note ihren Widerspruch gegen die Bestimmung des Vorkonferenzrats, daß die Abstimmung getrennt nach orten als in und landabwesenden Abstimmung beabsichtigt vorzunehmen werden solle. Das widerspreche dem Sinn des Friedensvertrags, der eine einheitliche Wahl wolle, und bedeute eine Schädigung der deutschen Interessen, da die später Abstimmenden bei den in Oberschlesien herrschenden Umständen der gewalttätigen Beeinflussung ausgesetzt sein würden. Da auf schriftlichem Wege in dieser Frage, die eine Lebensfrage für Deutschland sei, kein befriedigendes Ergebnis erzielt wurde, schlägt die Reichsregierung mündliche Verhandlungen vor.

Neues vom Tage.

Die Beisetzung Bethmann Hollwegs.

Hohenfinow, 6. Jan. Der Sarg des verstorbenen früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg wurde am Dienstag abend nach einer kurzen Zier im Familienkreis bei Falkenstein vom Schloß nach der Kirche überführt und dort am Altar zwischen Lorbeerbäu-

men aufgebahrt. Mit dem Sohn und der Tochter des Verewigten und deren Gatten, dem Grafen Zech, versammelten sich die nächsten Anverwandten zur Trauerfeier, die um 3 Uhr ihren Anfang nahm. Als Vertreter der Reichsregierung erschienen Reichsminister Dr. Heinke mit zwei Staatssekretären. In Vertretung des Kaisers legte Prinz Oskar einen Kranz am Sarg nieder. Es erschienen ferner der frühere Reichsanstalt Dr. Michaelis, die früheren Staatssekretäre und Minister von Delbrück, Helfferich, Scheuch, von Breitenbach, Lenzke, Zimmermann, General Gutschew als Abgesandter des Königs Ferdinand von Bulgarien u. a. Die Trauerrede hielt der frühere langjährige Geistliche von Hohenfinow, Passow, aus Raumburg. Er gedachte des Verstorbenen als einer wahrhaft großen und liebenswerten Persönlichkeit, eines edlen und lauterer Charakters, eines treuen Sohnes der mächtigen Erde, eines dornengekrönten Kreuzträgers, der sein hartes, trauriges Geschick mit Gelassenheit und Würde und schließlich als Sieger trug und schaffensfreudig blieb bis zum letzten Atemzug. — Dann setzte sich die Trauerversammlung durch das Dorf nach dem Erbbegräbnis auf dem Friedhof in Bewegung. Forstbeamte trugen den schlichten, schwarzen Sarg, dem die Dorflieder Finow voranschritten. Dem Sarg zunächst folgte mit dem Sohn des Verstorbenen Minister Dr. Heinke und Prinz Oskar. — An der Gruft sprach Minister Dr. Heinke, der schloß: für alle die um Bethmann trauern, sei es ein Trost, daß der Tag der Gerechtigkeit für ihn so sicher kommen werde, wie für unser Volk. Pastor Boshov sprach die Segensworte.

Krawall in Flensburg.

Flensburg, 6. Jan. Nach der Beerdigung des auf der Flucht erschossenen Kommunisten Hoffmann roteten sich einige hundert Kommunisten nach aufreizenden Versammlungen zusammen, um die Polizeistation zu stürmen. Die Ordnungspolizei suchte sich zunächst durch Feuerspritzen und Schreckschüsse zu verteidigen, als aber die Menge gegen 11 Uhr abends das Tor stürmte, wurde scharfes Feuer abgegeben. Die Angreifer hatten 7 Tote und 22 Verwundete, auch ein Polizeibeamter wurde verwundet. 40 Personen, darunter der Führer der Kommunisten, wurden verhaftet.

Einigung in den Eisenbahnerverhandlungen.

Berlin, 6. Jan. Gestern wurde zwischen dem Sachverständigenrat der Eisenbahner und den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Für die Beamten soll mit Wirkung vom 1. Januar ds. Js. an der Teuerungszuschlag für den Grundgehalt und Ortszuschlag von 50 % auf 70 % in Ortsklasse A, auf 65 % in der Ortsklasse B, auf 60 % in Ortsklasse C und auf je 55 % in den Ortsklassen D und E erhöht werden. Für die Arbeiter soll der Stundenlohn in der Ortsklasse A um 50 Pfg., in Ortsklasse B um 40 Pfg., in Ortsklasse C um 30 Pfg., in Ortsklasse D um 20 Pfg. und in Ortsklasse E um 10 Pfg. erhöht werden. Außerdem soll durch weitere Zuschüsse in Orten, die durch hohe Industrieföhne besonders beeinflusst sind, im Rahmen der bisherigen Richtlinien nachgeholfen werden. Staatssekretär v. Stieler erklärte sich bereit, diesen Einigungsvorschlag dem Reichsverkehrsminister zur Vertretung in der Reichsregierung zu empfehlen.

Änderungen im britischen Kabinett.

London, 6. Jan. Die „Times“ melden, die Ernennung Lord Reabings zum Vizekönig von Indien werde immer wahrscheinlicher. Mit seinem Rücktritt vom Amt des Lords Oberrichter würden jedenfalls einige weitere Änderungen im Kabinett eintreten. Es sei anzunehmen, daß Walter Long vom Amte eines Ersten Lords der Admiralität und Lord Milner vom Amte als Kolonialsekretär zurücktreten werden.

Ende des österr. Eisenbahnerstreits.

Graz, 6. Jan. Die streikenden Südbahner und Staatsbahner haben die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, da ihre Forderungen bewilligt wurden.

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Ah, in der Tat sehr liebenswürdig! Doch ist Deine Arbeit so wichtig?“

„Ich hatte mir vorgenommen, sie bis zum 15. zu vollenden! Wünschst Du vielleicht etwas?“

„Ja, allerdings! Ich möchte mit Dir reden! Gut, daß dieser unaussprechliche Mensch fort ist.“

„Gabriele, Du sprichst von meinem liebsten Freunde —“

„Der mir aber im höchsten Grad unympathisch ist! Ich begreife überhaupt nicht, daß Du ihn so dringend eingeladen hast, obwohl Du weißt, daß ich ihn nicht mag! Das habe ich Dir schon als Braut erklärt, und trotzdem nimmst Du so wenig Rücksicht auf mich und meine Wünsche.“

„Wie Du auf die meinigen! Was Strachwitz anbetrifft, so ist er einer der besten, selbstlosesten Menschen, die ich kenne!“

„Dabei aber ein ganz frivoler Sodoler, der sich über mich lustig macht. Dich war empört glaubst Du, ich fühle nicht, daß er mich mit seinen plumpen Luid gungen nur lächerlich machen will? Ich weiß ganz genau, daß er mich nicht mag; er hat sich früher immer über mich aufgehalten, und ihm verdanke ich damals das „Elegantienläden“ — so etwas erfährt man immer!“

„Aber Elsa, wie kannst Du ihm das nachtragen!“ sagte Wolf einfach, der einsah, daß seine Frau nicht ganz im Unrecht war.

„Und dann komme ich durch ihn um ein Vergnügen, auf das ich mich wirklich gefreut hatte. Die Abende, die Graf Meßdorf arrangiert, sollen immer richtig amüsant sein.“

„Ah, kommst Du nochmals darauf zurück? Das ist es also — darum bist Du erkrankt auf Strachwitz, das wird ja ein wenig nicht gehen? Ich erklärte Dir jedoch schon

Die Sozialisten Luxemburgs für die Dritte Internationale.

Luxemburg, 6. Jan. Der Sozialistische Parteitag in Düsselring beschloß mit 97 gegen 21 Stimmen den Anschluß an die Dritte (Moskauer) Internationale. Klara Zetkin trat entschieden für den Anschluß ein.

Die Ministerkonferenz.

Paris, 6. Jan. Die Zusammenkunft der verbündeten Ministerpräsidenten wird laut Havas wahrscheinlich Mitte Januar stattfinden. Nach der „Daily Mail“ soll auch ein Plan besprochen werden über die Kreditgewährung für Länder, die Waren brauchen, sie aber nicht in bar zahlen können. Die Verhandlungen der Sachverständigen in Brüssel werden am 17. Januar wieder bezogen werden. Die Verhandlungen der Sachverständigen.

„Journal des Debats“ meldet, für die Konferenz der Ministerpräsidenten sei von englischer Seite der 19. Januar vorgeschlagen worden.

Lloyd George und de Valera.

London, 6. Jan. Wie der „Evening Standard“ mitteilt, soll Lloyd George bereit sein, mit de Valera zu verhandeln, wenn er den Nachweis erbringe, daß er die Mehrheit des irischen Volks hinter sich habe und für diese Mehrheit sprechen könne. (De Valera ist der „Präsident der irischen Republik“ und gegenwärtig in Amerika.)

Das englische Verhugungsmittel.

Dublin, 6. Jan. Die Sinn-Freier haben eine Liste von 175 Irländern veröffentlicht, die im Jahre 1920 von englischen Polizisten und Militärpersonen ohne Kampf oder Widerstand ermordet worden sind.

Amerikanische Flottenlandung.

Newyork, 6. Jan. Die gesamte Stille-Ozeanflotte der Vereinigten Staaten wird am Freitag eine Fahrt nach den südamerikanischen Gewässern antreten. Am Eingang des Panamakanals wird sich die atlantische Flotte mit ihr vereinigen.

London, 6. Jan. Wie „Daily Mail“ aus Ottawa gemeldet wird, erklärt das Marine-Departement, das kanadische Geschwader habe lediglich eine Uebungsfahrt nach dem Stillen Ozean angetreten. Die Amerikaner, daß die kanadischen Schiffe sich mit der amerikanischen und australischen Flotte vereinigen sollen, sei ungereimt.

Schutzsteuern in Amerika.

Washington, 6. Jan. Die Behörden haben beschlossen, auf die Einnahmen der ausländischen Schiffahrtsgesellschaften eine Steuer zu legen, vorausgesetzt, daß sie diese Einnahmen aus den Vereinigten Staaten beziehen.

Landversammlung der demokratischen Partei.

Stuttgart, 6. Jan. Wie alljährlich, so hielt am heutigen Dreikönigstag die DDP. Württembergs ihre Landversammlung im Festsaal der Liederhalle. Die Tagung war außerordentlich zahlreich besucht. Alle führenden Persönlichkeiten der Demokratie, Staatspräsident Dr. Hieber, die Minister Weising, Dr. Schall, Vizekanzler a. D. v. Bayer u. a. waren zugegen. Der Vors. Abg. Brudmann dankte dem bisherigen Vorstand der Landespartei, Konrad Hauffmann, und beleuchtete dessen Verdienste als Politiker und Staatsmann. Es werde keine andere Politik als die des demokratischen Gedankens und des Ausgleichs geben. Die Partei habe in Reich und Land ihre Schuldigkeit getan, vor allem auch in der Regierung in Württemberg. Ueber allen Fragen stehe die Wiederherstellung der Ehre und Würde Deutschlands, die Revision des Schmachfriedens von Versailles.

Der bairische Minister Hummel sagte, auf dem schwäbischen Demokratentag holen sich die Badener Mut und Erfrischung. Oberstudienrat Dr. Hammer Schmidt-München überbrachte Grüße der bayerischen Landtagsfraktion. In Süddeutschland müsse man sich auch in wirtschaftlichen Reagen zusammenschließen. Die

vorhin, daß ich durchaus nichts mit Meßdorf zu tun haben will!“

„Bitte, gib mir dann aber auch den Grund an, damit ich nicht glaube, es sei bloße Schilane von Dir, mir das Vergnügen vorzuenthalten.“

„Gewiß — ich wollte nur vorhin in Strachwitz Gegenwart die Sache — Deine wegen nicht näher erörtern! Meßdorf ist ein berüchtigter Don Juan und ein ganz gewissenloser Frauenjäger, dem selbst die Ehe nicht heilig ist. Gerade im Waschküchen feiert er seine tollsten Orgien; übrigens wohnt dort auch seine Geliebte, die entlausene Frau eines kleinen Beamten.“

„Ah, in der Tat, sehr interessant! Und das sagst Du mir erst heute?“

Er beachtete ihren Einwurf gar nicht, sondern fuhr fort: „Deshalb wirst Du begreifen, daß ich me ne Frau viel zu hoch halte, um mit ihr ein Fest zu besuchen, auf dem sie Gefahr läuft, der Maitresse des Hausherrn zu begegnen. — Und noch eins: niemand weiß, woher der Reichtum des Graien kommt; man munkelt sogar, daß seine Einnahmequellen nicht gerade die lautersten sind — kurz, daß er vom Spiel lebt! — Mit einem Manne von solchem Ruf kann ich unmöglich verkehren, und unmöglich kann eine anständig und vornehm denkende Frau die Huldigungen eines Spielers und Wüßlings entgegennehmen! — So, Elsa, nun bist Du orientiert und wirst nicht mehr denken, daß eine bloße Laune Dir ein Vergnügen vorenthält.“ Er hatte ruhig, sogar herzlich gesprochen, um seine Frau zu überzeugen; dann schickte er sich an, das Zimmer zu verlassen. Vorläufig gute Nacht, Elsa! Ich komme gleich!

„Galt, mein Gemahl,“ sagte sie da, ist das alles wirklich wahr?“

„Zweifelst Du etwa an meinen Worten?“ fragte er, „ich habe es aus sicherster Quelle! Der Major hat sogar gestern dem Offizierkorps nahe gelegt, den Verkehr mit Meßdorf auf das geringste Maß zu beschränken; Positives weiß man ja noch nicht; er wird scharf beobachtet

Einigkeit könne uns der Feind nicht nehmen. Und Not, Unglück und Elend müssen zusammen getragen werden.“

Hierauf hielt der Parteivorsitzende im Reich, Senator Dr. Peter sen-Hamburg, den ersten Vortrag über „Die Erneuerung des Parlamentarismus“. Er führte etwa auf:

Niemals in der Geschichte habe die Demokratie mehr ihre unzerstörliche Bedeutung erwiesen, aber niemals sei eine Staatsform auch so belächelt worden, wie die junge deutsche Republik. Die Erneuerung des Parlamentarismus sei notwendig, wenn die parlamentarische Demokratie in Deutschland bestehen sollte. Das Parlament habe von 1870 bis 1918 nicht selten gelernt. Dies parlamentarische Wirken sei bis 1918 absolut unfruchtbar geblieben. Die süddeutschen Demokraten haben es ermahnt, wo der Gedanke liegt, um eine Staatsverfassung zu bilden. Aber die Parteien haben versagt, besonders die Sozialdemokratie in dem Zusammenwirken der demokratischen Kräfte. Was wir erleben, war keine Revolution von großen Gedanken, das war ein militärischer Streik. Nun ist das Parlament das Werkzeug der Regierung geworden und damit der politischen Willensbildner. Aber es muß eine Reform eintreten, denn das Parlament ist heute die Fortsetzung des politischen Wahlkampfes, ein unterhaltender Versammlungsort der Parteien geworden. Der Reichstag wird erst wieder zu Ansehen gelangen, wenn er sich die Partei- und Wahlreden der Linksradianten nicht mehr gefallen läßt. Verlangt das Parlament, so verlangt die politische Willensbildung. Deshalb ist es so wichtig, Persönlichkeiten in die Parlamente zu schicken. Es wird sich auch fragen, ob das letzte Wahlsystem so bleiben kann. Die Männer der Tat haben genug der Reden des Parlaments. Es muß rasch in den Ausschüssen und hinter den Kulissen gearbeitet werden.

Konrad Hauffmann hielt den zweiten Vortrag über „Nationale Auslandspolitik.“

Wir brauchen neue Methoden und neue Geisteskräfte auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. In den letzten 30 Jahren mangelte es an Klarheit und an einer festen Linie. Wir sind kein souveräner Staat mehr. Die Weltkrise in der Wirtschaft ist ein Ausfluß einer brutalen und blinden Politik. Die Politik Frankreichs hat in den letzten Jahren schwere Schläge erteilt, die einem Fiasko ähnlich sehen, so in Rußland, Griechenland und Polen. Aber auch Amerika und England gegenüber ist ein zweifelndes Moment aufgetreten. Clemenceau, dem die Worte entfahren sind, daß Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel habe und daß der Friede die Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln sei, hat damit gezeigt, von welchen Ideen sich Frankreich leiten läßt. Deutschland muß versuchen, die Politik mit Geisteskräften zu machen. Eine fortgesetzte Beleuchtung des Vertrags von Versailles muß eintreten und zwar in der Sprache der feindlichen Mächte. Wir müssen die tüchtigsten Männer an die ausländischen Stellen und in das auswärtige Amt bringen.

Frau Ministerialdirektor Dr. Bäumer sprach noch über „Die Wirtschaft und Demokratie“. Die Rednerin beleuchtete die wirtschaftlichen Fragen. Der Grundgedanke der Menschwürde und der Gedanke der Nationalität, wie ihn der Wirtschaftspolitiker oft gelehrt habe, müsse im Vordergrund stehen. Die Rednerin wies im Besonderen auf die Unmöglichkeit der sozialistischen Wirtschaftsexperimente hin. Die Staats- und Finanzwirtschaft müsse vom ganzen Volk gewollt werden. Die Steuerwilligkeit für den Staat sei Aufgabe demokratischer und rationaler Politik.

Der Vorsitzende schloß mit Dankesworten an die Redner die Versammlung, an die sich ein gemeinsames Mahl anschloß.

In der gestrigen Vertreterversammlung ist Abg. Geheimrat Peter Brudmann-Heilbronn einstimmig zum ersten Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei gewählt worden. Die Wahl der stellvert. Vorsitzenden fiel auf die Herren Hopf, Herrmann-Kentlingen, Johannes Fischer und Eienwein.

Der geschäftsführende Vorsitzende Hopf erstattete den Geschäftsbericht. Parteikassier Paul Zig den Kassenbericht. Konrad Hauffmann führte in seinem politischen Jahresbericht aus, die Wahlen hätten einen unregelmäßigen und verworrenen Geist der Wählerchaft vorgezunden. Aber der Verlust der Partei an Wahlziffern sei nicht gleichbedeutend in ihrem Einfluß, denn es sei ein Bedürfnis des Staates, nach demokratischen Grundsätzen geleitet zu werden. Die Zustimmung der Sozialdemokratie zur Regierungsbildung habe die Notwendigkeit der Koalition anerkannt. Beim Generalstreik habe die württ. Regierung ihren Mann gestellt. Bayern habe angefangen, eine eigene Politik zu machen, aber die Haltung der württ. Regierung sei richtiger. Die Völkerverbundtagung in Genf sei ein Fiasko gewesen. Der verstorbene Beikmann Dollweg habe ihm

— ist ein schlauer Fuchs, der sich nicht in die Karten sehen läßt!“

„Ich begreife Dich nicht, Wolf! Wie kannst Du so schä Spitzritterlicher sein! Oder stört Dich etwa, daß er mich auszeichnet?“

„Ja.“

„Also doch Eifersucht, weil er — Du schüttelst! Also nicht Eifersucht? Ich weiß genau, wie weit ich gehen kann — darum mache Dir keine Kopfschmerzen! Meßdorf ist ein netter amüsanter Mensch, bei dem man nie das Gefühl von Langeweise bekommt,“ bemerkte sie etwas anzüglich.

„Dann hättest Du vielleicht besser getan, ihn zu heiraten.“

„Wenn heute die Frage an mich heranträte, wüßte ich genau, wen ich wählen würde! Doch wozu sich darum ereifern! Du kannst meine gute Meinung von Meßdorf mit Deinen dunklen Andeutungen doch nicht erschüttern! Ihr alle habt doch eine Vergangenheit! Zum Beispiel, was wurde seinerzeit nicht alles von Strachwitz erzählt! Oder solltest Du nicht wissen, wie er der kleinen jeschen Choristin den Hof gemacht hat — ihr eine elegante Wohnung gemietet —“

„Strachwitz ist ein toller Bursche gewesen, das ist wahr — aber er ist stets Kavalier geblieben; etwas Ehrloses hat er sich nie zuschulden kommen lassen!“

„— und Du mein Freund,“ fuhr sie lächelnd fort, „aber ist jene pikante kleine Episode mit der hübschen Putzmakerin ganz aus Deinem Gedächtnis verschwunden?“

„Elsa!“ fuhr Wolf auf, dunkelrot werdend.

Sie schürzte hochvolle Lippen, daß die weißen Zähne hervorschimmerten; dadurch erhielt ihr Gesicht einen kalten grausamen Ausdruck. Unverhüllter Hohn klang auch aus ihrer Stimme, als sie in nachlässigem Tone weiter redete.

(Fortsetzung folgt.)

nach wenige Woche vor seinem Tode mitgeteilt, wir hätten 1917 Frieden schließen können, wenn man ihn nicht gehängt hätte. — An die Berichte schloß sich eine längere Ansprache.

Württemberg.

Stuttgart, 6. Jan. (Vom Landtag.) Dem Landtag ist ein erster Nachtrag zum Staatshaushalt für 1920 betr. die Verleihung der staatlichen Ruhegehaltsberechtigung an den derzeitigen Direktor des Würt. Konservatoriums für Musik in Stuttgart v. Pauel, zugegangen.

Stuttgart, 6. Jan. (Erregte Versammlung.) Auf Veranlassung des Freidenker- und Montistenbunds Stuttgart sprach am Mittwochabend der jetzige Amtsrichter Konstantin Wieland in Ulm über die katholische Dohrenbeichte. Wieland war früher Geistlicher in Neu-Ulm, trat aber aus der kath. Kirche aus, als von Rom der Modernisteneid verlangt wurde, den er verweigerte. Seitdem ist er öfters öffentlich gegen die kath. Kirche aufgetreten und hat erst kürzlich in Versammlungen in Ulm durch seine Angriffe gegen die Dohrenbeichte großes Aufsehen erregt und eine scharfe Abwehr auf katholischer Seite auf den Plan gerufen. Der große Saal im Sieck-Haus war gestern zum Brechen voll, mindestens 1500 Personen füllten den weiten Raum. Die Versammlung wurde von Prof. Hermann, dem früheren Revolutionärminister, eröffnet. Die Rede hielt noch leblich an, solange Herrmann sprach, als aber Wieland seine maßlosen Angriffe in den Hörraum schlenberte, wurde ein Entrüstungssturm entfesselt, wie ihn das Haus wohl noch nicht erlebt hat. Mit geballten Fäusten standen sich bisweilen einzelne Gruppen gegenüber. Die Mehrheit der Anwesenden stand übrigens ohne Zweifel auf Seiten des Stadtpfarrers Bentele-Stuttgart, der Wieland ruhig und entschieden entgegentrat. Neue Stürme brachen aber aus, als der Abg. Groß temperamentvoll sich mit dem Amtsrichter, nicht mit dem Theologen auseinandersetzte. Erst nach Mitternacht gina die Versammlung erregt, aber friedlich auseinander.

Großbottwar, 6. Jan. (Zur Warnung.) Der 13jährige Sohn des Konrad Probst kletterte an einem eisernen Leitungsmaß empor. Waldarbeiter sahen ein blickhaftes Feuer am Maß und dann den Knaben zur Erde fallen, der schwer verbrannt aufgehoben wurde.

Marxgrünchen, 6. Jan. (99 Jahre.) Ende dieses Monats kann der hier im Ruhestand lebende Oberpostkammerer Johannes Walz seinen 99. Geburtstag feiern. Er ist körperlich und geistig noch rüstig und stand 45 Jahre im Staatsdienst, zuletzt als Oberbriefträger bei der Kgl. württ. Post.

Waiblingen, 6. Jan. (Auswanderer.) Nachdem vom benachbarten Kommissariat in letzter Zeit etwa 40 Personen und von Waiblingen selbst schon einige Trupps ausgewandert sind, wird von hier am 23. Januar eine größere Anzahl Männer und Frauen den Wanderstab ergreifen, um in der neuen Welt ihr Glück zu versuchen. Das Ziel der Fahrt ist Südamerika.

Blöchingen, 6. Jan. (Diebstahl.) Aus dem Maschinenhaus der Kirschbaggerei Blöchingen, Eigentum der Firma Karl Hägele u. Cie. in Geislingen, wurden zwei Treibriemen im Wert von 10000 Mk. gestohlen.

Gattenhofen u. Göppingen, 6. Jan. (Rohheit.) Am Silvesterabend wurde dem Bauern Hebele hier eine Handgranate durchs Fenster in die Stube geworfen, in der sich vier Personen aufhielten. Die Granate explodierte neben einem Kasten, der demoliert wurde, und richtete an Wänden und Decke Schaden an. Es ist fast wie ein Wunder, daß außer einem Kind, das am Arm verletzt wurde, niemand Schaden davontrug. — In der hiesigen Striederlei wurden für 15000 Mk. Wolle und fertige Strümpfe gestohlen.

Münchingen, 6. Jan. (Amtsversammlung.) Zum Umbau der Nachbarschaftsstraße Feldstetten-Waiblingen zwecks Einführung der staatlichen Kraftfahrzeuglinie zwischen Oberlenningen bzw. Uroch und Blaubrunnen hat die Amtsversammlung einen Beitrag von 10000 Mk. bewilligt.

Zuttlingen, 6. Jan. (Schuhdiebstahl.) Schuhe und Schäfte im Wert von etwa 3000 Mark sind bei einem nächtlichen Einbruch aus der Schuhfabrik von Gustav Henke von einem bis jetzt unentdeckten Diebe gestohlen worden.

Veiters, 6. Jan. (Ein schlechtes Stück.) Der Bauer Math. Mendel von Unterpöppingen hat, wie der „Mg. Volksfreund“ berichtet, an den Kommunalverband Gerste abgeliefert, die bis 10 Prozent Sand- und Kieselfeine enthielt. Die Tat wurde erst in der Mühle entdeckt, nachdem an den Maschinen ein namhafter Schaden entstanden war. Mendel kam wegen seines Alters mit einer Geldstrafe von 600 Mk. davon.

Hägerloch, 6. Jan. (Mächtigkeitshilfe.) Freiwillig und unentgeltlich haben sich 30 Bürger zur Verfügung gestellt, den Unglücksplatz des Schäfer'schen Geschäfts aufzuräumen. Ferner hat sich ein Kreis gebildet, um Schäfer in seiner Not und seinem etwa 80000 Mark betragenden Schaden unter die Arme zu greifen.

Spielplan des Württ. Landestheaters.

Großes Haus. 10. Jan. Maria Stuart (Auf. 6 1/2 Uhr). — 12. Jäuberflucht (6 1/2). — 13. Epimont (6 1/2). — 14. Der steigende Holländer (7). — 15. Heimkehr des Odysseus (7). — 16. Palestrina (4). — 17. Epimont (6 1/2).

Kleines Haus. 10. Tanzabend (7). — 11. Christelflein (6 1/2). — 12. Liselet von der Pfalz (7). — 13. Barbier von Sevilla (7). — 14. König Nicolo (7). — 15. Der lebende Leichnam (6). — 16. Morgenster: Hben, Strindberg (11 1/4). Und das Licht scheint in der Finsternis (7). — 17. Christelflein (6).

Baden.

Karlsruhe, 6. Jan. Die demokr. „Badische Politische Korrespondenz“ beschäftigte sich in drei Artikeln mit dem Hagenschieferunternehmen der Badischen Siedlungs- und Landbank. Von einer Besiedlung des Hagenschieferwaldes kann keine Rede mehr sein, da die Mittel fehlen. Ob das Gelände wieder aufgestorft wird, ob ein oder zwei Gutshöfe errichtet werden oder ob, wie das Justizministerium beabsichtigt, eine Geringrentenkolonie dort entstehen wird, steht dahin. Das Gesellschaftskapital ist verloren, ionstige Gläubiger dürfen nicht geschädigt werden. Der Hauptleidtragende ist der Staat, der eine gute Absicht schlecht gelohnt sieht, er wird den nackten Boden zunehmen müssen, und die aus den Holzbeständen erhohten Millionen sind infolge einer streifbaren Miswirtschaft in nichts zertronnen. Die Forderung der Bankfirma Arons u. Walter muß der Staat erwerben, damit eine ruhige Abwicklung möglich ist, die ihn in den Stand setzt, ihr sein Holzgut haben noch etwas herauszuschlagen. Der Land- und Siedlungsbank ist abzuhaken. Damit darf aber der Siedlungsbank nicht tot sein. Es wird genügen, wenn die Forst- und Domänenverwaltung den Walddörfern Lust schafft durch Abholzung, vielleicht in größerem Umfang wie bisher.

Gaggenau, 6. Jan. Ein entlassener Fabrikbeamter der Bergmann'schen Industriewerke gab auf den Kommerzienrat Bergmann vier Schüsse durch ein Fenster in das Schlafzimmer Bergmanns ab, ohne daß diese Schüsse ihr Ziel erreichten. Der Mordversuch war ein Nachakt für die Entlassung des Beamten.

Mannheim, 6. Jan. Unter dem Verdacht, an dem Raubmord an dem Altschwannwirt in Oberdöwisheim beteiligt zu sein, ist der Maurer Valentin Kramer aus Wallstadt hier festgenommen worden. Außer ihm werden noch drei weitere Beteiligte festbrieflich verfolgt.

Waldenhausen, 6. Jan. Als des Mords am Jagdaußerer Schanbhut verdächtig wurden zwei hiesige Einwohner verhaftet. Desgleichen sind in Säckingen drei Wilderer eingebraut worden. Die Untersuchung wird das weitere ergeben müssen.

Offenburg, 6. Jan. Unter dem Verdacht, den Einbruch in die Sparkasse Schutterwald verübt zu haben, wurden hier drei Burichen verhaftet, von denen einer aus Vörrach stammen soll. — Aus Rehl wird gemeldet, daß der Vater des im letzten Sommer im Rhein ertrunkenen Kehret gegen die Stadtgemeinde beim Landgericht Offenburg einen Prozeß wegen Schadenersatzes angestrengt hat, da sie in dem offenen Schwimmbad gegen das Hinausgleiten in den Rhein keinerlei Schutzvorrichtungen angebracht hatte. Die Schadenersatzklage richtet sich auch gegen den Realchüler Ed. Kienzler.

Nadolszell, 6. Jan. Drei Singener Bürger hatten gegen den Leiter des Wohnungsamts Johann Weigand den Vorwurf der Beschlüßigkeit erhoben. Weigand strengte einen Beleidigungsprozeß an, der vorgerufen zur Verhandlung kam. Der Kläger Weigand wurde kostenpflichtig abgewiesen, da das Gericht aufgrund der Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung kam, daß die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen der Wahrheit entsprechen.

Konstanz, 6. Jan. Die „Konstanzer Zeitung“ hatte vor kurzem einen Artikel über die Zustände in den Berliner Schieberhotels gebracht. Dagegen hat dann die Konstanzer Hotelvereinigung Protest erhoben und über die Konstanzer Zeitung den Boykott verhängt. Gegen diese Maßnahme, durch die durch wirtschaftliche Druckmittel die Freiheit der Presse erstickt werden soll, hat die Ortsgruppe Konstanz des Verbandes badisch-pfälzischer Redakteure auf das nachdrücklichste Einspruch erhoben. Außer der Konstanzer Zeitung verurteilt auch das andere Konstanzer Blatt, die „Konst. Nachr.“, das Verhalten der Gasthofbesitzer.

Die Milderungen des Reichsnotopfergesetzes.

Ueber die Milderungen des Reichsnotopfergesetzes herrscht vielfach noch nicht genügende Kenntnis, es sei deshalb auf folgende neue Bestimmungen des Gesetzes aufmerksam gemacht.

Das Reichsnotopfer ist, soweit es 10 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens nicht übersteigt, mindestens aber zu einem Drittel des Notopferbetrags beschleunigt zu entrichten. Da noch bei 1500000 Mk. Vermögen das Reichsnotopfer 446000 Mk. beträgt, 1/10 hiervon aber 148667 Mk. ausmacht, während 1/10 des Vermögens 150000 Mk. sind, so sind bis zu Vermögen von 1500000 Mk. hinaus und etwas weiter alle Abgabepflichtigen zur beschleunigten Abgabe von 1/10 dieses Vermögens als Notopfer verpflichtet. Anders ist es bei juristischen Personen (Aktiengesellschaften, G. m. b. H., Genossenschaften usw.), die an sich nur 10 Prozent des Vermögens als Notopfer zu zahlen haben, so daß bei ihnen das ganze Notopfer der beschleunigten Einziehung unterliegt. Soweit der zur beschleunigten Einziehung gelangende Betrag 1/2 des Reichsnotopfers nicht übersteigt, ist er in zwei Raten am 1. März und 1. November 1921 zu bezahlen, der Rest ist am 1. Mai 1922 zu entrichten. Beispielsweise beträgt bei 300000 Mk. Vermögen das Notopfer 46000 Mk.; 1/2 des Notopfers gleich 15333 Mk.; 1/10 des Vermögens gleich 30000 Mk., 15333 Mk. sind demnach in zwei gleichen Raten am 1. März und 1. Januar 1921 zu zahlen, der Rest von 14667 Mk. ist am 1. Mai 1922 fällig; welche Zahlungsweise für den noch vom ganzen Notopferbetrag verbleibenden Rest von 16000 Mk. vorgesehen ist, steht noch nicht fest, hier werden jedenfalls die auf längere Zeit berechneten Tilgungsarten, die ursprünglich die Regel bilden sollten, zugelassen werden.

Wenn der Steuerbescheid am 1. Februar 1920 noch nicht zugestellt ist, werden die Zahlungsfristen entsprechend verlängert: die erste Rate ist erst am Schluß des auf die Zustellung folgenden Monats fällig, die zweite 6 Monate später (aber nicht vor dem 1. November), die dritte nach weiteren 6 Monaten.

Diese Beschleunigung in der Bezahlung des Notopfers tritt aber nicht ein, wenn die beschleunigte Bezahlung entweder

1. die wirtschaftliche Existenz des Steuerpflichtigen gefährden würde, oder
2. die Einziehung des Kapitals oder des Kredits zur Fortführung des Betriebs erforderlich sind, zur Folge haben würde, oder
3. den erforderlichen Unterhalt des Steuerpflichtigen oder seiner Familie beeinträchtigen würde.

Wenn gegen die Veranlagung zum Reichsnotopfer Einspruch eingelegt worden ist, soll die Einziehung der beschleunigt zu zahlenden Raten auf Antrag ausgesetzt werden, bis eine Entscheidung über den Einspruch vom Finanzamt ergangen und dem Steuerpflichtigen zugestellt ist.

Das Finanzamt kann binnen 3 Jahren (eine Frist, die vermutlich noch verlängert werden wird) eine Nachprüfung des Vermögens sowohl zugunsten als zu ungunsten des Steuerpflichtigen vornehmen. Das Recht, eine solche zu verlangen, steht dem Steuerpflichtigen aber nur zu, wenn er nachweist, daß sich sein Vermögen nach dem Stand vom 31. Dezember 1920, 1921 oder 1922 gegenüber dem Stichtag (31. Dezember 1919) um mindestens 1/5 verringert hat (durch unglücklichen Verkauf, Verlust, Entwertung oder außergewöhnliche Unglücksfälle).

Die Steuerpflicht ist für kleinste Vermögen etwas gemildert worden: Wenn das Vermögen nach Abzug aller Schulden und sonstigen zulässigen Abzüge sowie nach Abzug von je 5000 Mk. für das Familienhaupt, dessen Ehefrau und das zweite und jedes weitere Kind 5000 Mk. nicht übersteigt, bleibt es von der Abgabe frei. Beträgt es dann also noch 5000 Mk., so ist es, da zunächst die Abrundung auf volle Tausende, also auf 5000 Mk. vorzunehmen ist, frei. Beträgt es aber 6000, so ist das Notopfer nicht etwa von 6000 Mk. weniger 5000 gleich 1000 Mk., sondern von 6000 Mk. zu berechnen.

Notales.

ep. Zuwendungen zu kulturfördernden Zwecken. Nach Par. 13, 7 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 dürfen bei der Veranlagung des Einkommens Zuwendungen zu kulturfördernden, wohltätigen, politischen Zwecken bis zu 10 Prozent des Einkommens von diesem abgezogen werden. Ein nun dem Reichstag vom Reichsrat zugewandener Entwurf zur Abänderung des Gesetzes will diese Bestimmung streichen. Damit würde vor allem die freie Liebestätigkeit und Wohltätigkeitspflanze die innere und äußere Mission der christlichen Kirchen getroffen. Wie schwer diese Werke um ihr Dasein ringen, ist bekannt. Die Notgabe für die evang. Anstalten Württembergs, die im vergangenen Jahr gesammelt wurde, hält sie wenigstens zunächst einmal über Wasser. Par. 13, 7 des Einkommensteuergesetzes dürfte dazu beigetragen haben, daß die Notgabe einen guten Ertrag gebracht hat. Und nun sollen sich die Vorstehenden Veranlagung für 1920 ihre Gaben für wohltätige Zwecke doch mitversteuern müssen? Nun soll den Wohltätigkeitsorganisationen, die durch die Schenkungssteuer ohnedies hart genug angelegt sind, jene den Geben gewährte Steuererleichterung nicht mehr helfend zur Seite stehen? Der Reichstag wird sich hoffentlich die Folgen einer solchen Abänderung des Gesetzes genau überlegen und zu dem Beschluß kommen, daß im Interesse der Volkswohlfahrt jene wahrhaft sozial wirkende Steuererleichterung bestehen bleiben muß.

Keine Fahrpreiserhöhung mehr. Die ständige Tarifkommission der Reichseisenbahnen hat beschloffen, neue Fahrpreisergänzungen in Anbetracht der schlechten Finanzlage abzulehnen. Dies gilt für alle Berufsklassen.

ep. Zuwendungen zu kulturfördernden Zwecken. Nach Par. 13, 7 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 dürfen bei der Veranlagung des Einkommens Zuwendungen zu kulturfördernden, wohltätigen, politischen Zwecken bis zu 10 Prozent des Einkommens von diesem abgezogen werden. Ein nun dem Reichstag vom Reichsrat zugewandener Entwurf zur Abänderung des Gesetzes will diese Bestimmung streichen. Damit würde vor allem die freie Liebestätigkeit und Wohltätigkeitspflanze die innere und äußere Mission der christlichen Kirchen getroffen. Wie schwer diese Werke um ihr Dasein ringen, ist bekannt. Die Notgabe für die evang. Anstalten Württembergs, die im vergangenen Jahr gesammelt wurde, hält sie wenigstens zunächst einmal über Wasser. Par. 13, 7 des Einkommensteuergesetzes dürfte dazu beigetragen haben, daß die Notgabe einen guten Ertrag gebracht hat. Und nun sollen sich die Vorstehenden Veranlagung für 1920 ihre Gaben für wohltätige Zwecke doch mitversteuern müssen? Nun soll den Wohltätigkeitsorganisationen, die durch die Schenkungssteuer ohnedies hart genug angelegt sind, jene den Geben gewährte Steuererleichterung nicht mehr helfend zur Seite stehen? Der Reichstag wird sich hoffentlich die Folgen einer solchen Abänderung des Gesetzes genau überlegen und zu dem Beschluß kommen, daß im Interesse der Volkswohlfahrt jene wahrhaft sozial wirkende Steuererleichterung bestehen bleiben muß.

Bermischtes.

Diebstahl. Aus dem Kontor der Bankfirma Emil Hedder in Hamburg sind Rembrandt-Gemälde im Wert von acht Millionen Mark gestohlen worden. Es wird anscheinend versucht, die Gemälde nach dem Ausland zu bringen.

Bestunde. Bei Medelsfeld, einem Dorf bei Harburg a. Elbe, sind neue ergiebige Erdölquellen gefunden worden. 30 Prozent des unterirdischen Oels lassen sich als Leuchtöl verwerten, 45 Prozent geben guten Schmieröl und 25 Prozent sind anderweitig verwendbar.

Eine amerikanische Gesellschaft hat den größten Teil der Aktien der polnischen Kupfer-Gesellschaft erworben.

Die Schöder-Stranz-Forschungsreise. In Spitzbergen wurde eine Leiche gefunden, bei der es sich nach dem Bericht des

deutschen Konsuls in Tromsø um Dr. Walter Wöfer handelt, den Botaniker der Schröder-Stranz-Forschungsreise zum Nordpol. Die sieben deutschen Forscher wurden zusammen mit dem Zoologen Dr. Detmers zum letzten Mal am 1. Oktober 1911 an der Weidwai gesehen, seitdem sind sie verschollen. Wahrscheinlich sind alle umgekommen.

Die Arbeitslosigkeit in Belgien breitet sich weiter aus und mehrere Zement- und Glasfabriken haben bereits die Betriebe stillgelegt.

24 Personen ertranken. Ueber den Untergang des spanischen Dampfers „Santa Isabel“ bei Villagarcia wird gemeldet, daß das Schiff nachts 2 Uhr im Sturm auf die Klippen geschleudert wurde. Es darf auseinander und sank sofort. An Bord befanden sich 310 Personen, von denen bis jetzt nur 66, meist der Schiffsmannschaft angehörig, als gerettet gemeldet sind. Zahlreiche Leichen wurden an der Küste angepökt.

Letzte Nachrichten.

Paris, 6. Jan. Nach einer Sabasmeldung hat de Valera sich nach seiner Rückkehr aus Amerika mindestens drei Tage in Manchester aufgehalten und dort Besprechungen mit den Führern der Sinn-Feiner-Partei in Irland gepflogen.

London, 6. Jan. „Daily Express“ berichtet, die Polizei habe eine Verhaftung der Sinn-Feiner angeordnet, die bezweckt habe, den Tower (die uralte berühmte Festung, jetzt Gefängnis in London) in die Luft zu sprengen.

London, 6. Jan. Die englischen Soldaten haben bei Newmarket in der Grafschaft Suffolk 5 Häuser, von denen aus gefeuert worden sein soll, auf Befehl des Militär-gouverneurs zerstört.

Konstantinopel, 6. Jan. Das Mitglied der Militärmission des Königs Konstantin in der Türkei, Kommandant Dragumis, ist durch einen von einem Benizelisten auf ihn abgefeuerten Pistolenschuß verwun-

det worden. Der Bruder des Kommandanten ist bekanntlich vor einiger Zeit von benizelistischen Mordern erschossen worden.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Die durch die Abstimmungs-Vorschrift für Eintragungsgesuche in die Stammlisten vorgeschriebenen beiden Photographien müssen vor kurzer Zeit und ohne Hut aufgenommen sein, die Größe von 4 mal 4 Zentimeter haben und möglichst Schulterbilder sein. Alle stimmberechtigten Oberschlesier müssen sich die beiden Photographien sofort beschaffen, da die Frist für die Einreichung der Anträge bereits vom 10. Januar an und für ganz kurze Zeit läuft. Alles Nähere, auch Erfass der Kosten für die Photographien, bei den Ortsgruppen.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 7. Jan.

Fußballwettspiele. Gestern fand das Rückspiel der 3. Mannschaft des Fußballvereins Wildbad gegen die 3. Mannschaft von Calmbach statt. Durch den vielen Regen in den letzten Tagen, war der Boden derart eingeweicht, daß ein freies Spiel nicht möglich war. Das Spiel endete mit 3:1 zu unseren Gunsten, obwohl noch eine größere Niederlage für Calmbach bei den vielen gebotenen Chancen hätte erzielt werden können. Doch ist schließlich begreiflich, daß die Angriffslust unserer Spieler etwas vermindert wurde, durch das unvorschriftsmäßige Schuhwerk auf Seiten Calmbachs. — Gegen eine hiesige Schülermannschaft konnte die 4. Mannschaft des F. B. W. mit 3:0 gewinnen.

Börsenbericht

vom 5. Januar 1921, mitgeteilt von der Direktion der Diskontogesellschaft, Zweigstelle Wildbad (vorm. Stohl & Federer A.-G.)

Gleich den Vortagen befandete auch die heutige Börse Festigkeit bei möglichen Kursbesserungen. Deutsche Sparprämienanleihe wurde $\frac{1}{4}\%$ höher (87 $\frac{1}{4}$) aufgenommen. Außerdem waren 4% Württ. Creditverein-Oblig. und 4% Württ. Hypothekendarlehen-Pfandbriefe je $\frac{1}{4}\%$ höher gesucht. Bankaktien ruhig mit Ausnahme von Württ. Vereinsbank-Aktien, welche $\frac{1}{2}\%$ höher (177) umgesetzt wurden. Von Brouereiwerten konnten Württ.-Hohenzollern 1% (163) und Wulle 5% (166) anziehen. Von Maschinenwerten mußten Ehlinger 1% (356) nachgeben, während Hesser bei starker Nachfrage 13% (399) gewannen. Ausergewöhnlich fest waren Laupheimer Werkzeugaktien, die 30% (380) anzogen. Textil- und Spinnereiwerte, die in den letzten Tagen vernachlässigt waren, konnten durchweg Kursbesserungen erzielen. So zogen Baumwollspinnerei Erlangen 60% (460), Pforsee 30% (550), Rottent 5% (470), Filzfabrik Giengen 5% (380) und Württ. Cottun 10% (390) an. Von den übrigen Industrierwerten wurden Daimler 2% (292), Jetter & Scherer 30% (575 G), Jung-hans 6% (324) höher umgesetzt. Stuttgarter Zucker verloren 5% (390). Ziemlich lebhaft gestaltete sich der Freiverkehr. Junge und jüngste Daimler 248—255, Benz 280 G, Deutsche Lastauto 185 G, Espagit 90 G, Faunwerke 285 G, Mag 85 G, Hamburger Elbwerft 172 G, Heilbronner Zucker 380—386 G, Hohenlohe Nährmittel 210 G, Kaiser Otto 191 G, Knorr 263 G, Otto Krumm 194 G, junge 183 G, Magirus 385 G, Marswerke 205 G, Neckarsulmer 375—390, Ostertag 180, Weissenhof 112 G und Intarsien 142 G.

Textilwaren für Minderbemittelte

werden am Samstag bei den Kaufleuten Bosh Nachf., Geschw. Horkheimer und A. Lipps auf Bezugsschein abgegeben.

Bezugsscheine werden am Samstag, den 8. ds. von 9—11 Uhr abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Leberwurst.

Am Samstag von 9—12 Uhr wird auf dem Lebensmittelamt pro Familie 1 Büchse Leberwurst zu 8,50 Mk. abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Finanzamt Neuenbürg.

Bekanntmachung.

betr. Verzinsung von Anzahlungen auf die Umsatzsteuer (Zugsteuer).

Denjenigen, nach § 11 Abs. 1 U. St. Ges. steuerpflichtigen Personen, die auf ihre Umsatzsteuerschuld Anzahlungen bis zur Fälligkeit, spätestens — bei noch nicht erfolgter Veranlagung — bis zum Ablauf des dritten Kalendermonats nach Schluß des Steuerabschnitts leisten, werden Zinsen in Höhe von 5 v. H. vom Tag der Zahlung ab vergütet. Eine Vergütung von Zinsbeiträgen unter 5 Mk. findet nicht statt.

Werden auf die Steuer, die nach dem Ergebnis des Kalenderjahrs 1920 oder des letzten Kalendervierteljahrs 1920 festzusetzen ist, Anzahlungen bis zum 31. Januar 1921 geleistet, so werden für die Anzahlungen Zinsvergütungen von 6 v. H. gewährt.

Neuenbürg, den 5. Januar 1921.

Benz, Fz.-A.,
gef. Stv.

Finanzamt Neuenbürg.

Bekanntmachung.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat für den Verkehr der Reichsfinanzbehörden mit Privaten angeordnet:

1. Die Annahme von ungenügend oder nicht freigemachten Postsendungen von Privaten ist seitens der Reichsfinanzbehörden grundsätzlich zu verweigern.

2. Die Verwendung der Bezeichnung als „vortopflichtige Dienstsache“ bei Schreiben von Behörden ist in Kürze einzustellen.

Schreiben von Privaten an Reichsfinanzbehörden, auf welche eine Antwort erwartet wird, ist daher seitens des Antragstellers ein Freiumschlag mit vollständiger Anschrift beizufügen, widrigenfalls in allen Fällen, in denen es sich lediglich um ein privates Interesse des Empfängers handelt, ein Bescheid grundsätzlich nicht erteilt wird.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Den 5. Januar 1921.

Benz, Fz.-A.,
gef. Stv.

Meins bekannt vorzüglich eingerichtete

Oelmühle

bringe ich in empfehlende Erinnerung. — Auf jede Partie kann gewartet werden.

Montag und Dienstag: W o h n. Donnerstag und Freitag: R e p s. Samstag: L e i n.

Ebenso empfehle ich garantiert reines Speiseöl (Repsöl).

Ernst Mann, Neuenbürg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie Schulkameraden u. Kameradinnen zu unserer am

Samstag, den 8. Januar 1921 im Gasth. z. „Krone“ in Engllösterle stattfindenden

Hochzeits-Feier

ganz ergebenst einzuladen und bitten dies als persönliche Einladung entgegennehmen zu wollen.

Christian Gauß

Sohn des Christian Gauß, Holzhaus.

Frieda Waidelich

Tochter des Christian Waidelich, Oberholzhaus.

Kirchgang um 11 Uhr in Engllösterle.

Geflügel- u. Kaninchen-Züchterverein Wildbad.

Heute abend 8 Uhr

Ausschuß-Sitzung in der „Sonne“.

Am Sonntag, den 9. Januar 1921 findet im Lokal zur „alten Linde“, nachmittags 2 Uhr, die alljährliche, ordentliche

General-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht.
2. Bekanntgabe über den Verlauf der Ausstellung.
3. Neuwahlen des Gesamt-Vorstandes.
4. Vortrag durch H. Weiß-Dillweizenstein über die Kaninchenzucht.
5. Verschiedenes.

Bolzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Die Vereinsleitung.

Wildbad.

Beleuchtungs-körper,
Glühlampen,
Taschenlampen mit Akkumulator
Elektr. Bügel- u. Koch-Apparate,
Glühplatten,
Heiz-Kissen

und sonstige Schwachstrom-Artikel alles prima Ware zum grössten Teil Friedens-Ware empfiehlt 697

Carl Hartmann
elektr. Installation u. mech. Werkstatt

Empfehle für Strassen- und Wegbau, Balz-, Fließ- und Feinschotter, Gehwegkies;

Für Bauarbeiten:

Mauersteine, Betonkies, Mauerwand.

Anerkannt prima

Muschelkalk.

Theodor Straub,
Schotterwerk,
Enzberg. Tel. 10.

Wohnzimmer
Schlafzimmer,
Küchen-Einrichtungen,

empfehle

Baumann, König-Karlstr.

Freibank.

Von Samstag früh 9 Uhr ab ist fettes Rindfleisch zu haben. Kleingeld ist mitzubringen.

Schuhwaren aller Art

für Herren, Damen, Knaben, Mädchen und Kinder.

Arbeiterschuhe, Jagd- und Touristen-Stiefel

in prima Ware zu mäßigen Preisen,

empfehle

Hermann Lutz.

Papier-Holz,

jedes Quantum laufend zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote mit Preis, Holzart, Stärke etc. unter Nr. 299 an die Exped. ds. Blattes erbeten.

Dickrüben u. Kohlraben

treffen diese Woche noch ein und nehme Bestellungen entgegen

Gärtner Wolf.

Blumenkohl
Weißkraut
Sauerkraut
Winterkohl
Birnschnitze
Eier, Zitronen
Orangen, Maroni
Johannisbrot usw.

empfehle
R. Stirner.

Anwesen

gleichwelcher Art, Größe u. Lage, von schließendem Käufer bei jeder beliebigen Anzahlung als Kapitalanlage zu kaufengesucht. Übernahme nach Vereinbarung. Wirtschaftsinventar od. maschinelle Einrichtung wird übernommen. Preis-Offerte unter R. E. 2857 erbeten an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Frisch eingetroffen:

la. Wurstwaren
Consumverein.

Einige
gutes Heu
kauft
Reformsch.
Wildbad.

Evang. Kirchenchor
(Rose Pilgerfahrt.)
Heute abend 8 Uhr
Damen.

Sitze 8 Wagen.

Kuh- und
Pferde-
Dung

hat zu verkaufen
Karl Rath.

Neu!
Picadilly
Frauen-
Duschen

Neueste Konstruktion in hochfeiner Ausführung!

Drogerie A. & W. Schmit
Wildbad.